

Frau Innenministerin  
Daniela Behrens  
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport  
Schiffgraben 12  
30159 Hannover



**GdP Niedersachsen**  
Berckhusenstr. 133a  
30455 Hannover



**DPoIG Niedersachsen**  
Sedanstr. 18  
30161 Hannover

## **Personalmangel bei der Polizei Niedersachsen**

24.04.2025

Sehr geehrte Frau Innenministerin Daniela Behrens,

als Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) nehmen wir aktuell kaum ein Thema wahr, das auf Veranstaltungen, in persönlichen Gesprächen und durch Anfragen unserer Mitglieder so intensiv und emotional thematisiert wird, wie die hohe Belastung, die in erster Linie durch die Personalsituation bedingt ist. Diesen Eindruck spiegelt auch das Ergebnis der aktuellen Periodischen Mitarbeiterbefragung (PMB) wider, nach der sich fast ein Viertel der Beschäftigten der Polizei Niedersachsen (weit) überfordert fühlt.



**BDK Niedersachsen**  
Friedrich-Voigtländer-Str. 41  
38104 Braunschweig

Ein Blick auf die personelle Situation zeigt, dass die hohe Anzahl der Beschäftigten der Polizei Niedersachsen nicht die tatsächliche Einsatzfähigkeit widerspiegelt. Insgesamt stehen ca. 1100 Vollzugsbeamtinnen und -beamte sowie etwa 650 Kolleginnen und Kollegen aus Tarif und Verwaltung allein im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten (zum Beispiel aufgrund von Mutterschutz, Teil- oder Elternzeit, unbezahltem Urlaub oder aus anderen Gründen) nicht zur Verfügung. Hinzu kommen krankheitsbedingte Ausfälle in nicht unerheblichem Umfang.

Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Polizei in allen Bereichen: Im Einsatz- und Streifendienst werden zum Beispiel immer höhere Anforderungen

an das Berichtswesen gestellt, die für die Dokumentation eines Einsatzes erfüllt werden müssen. Die Bereitschaftspolizei sieht sich mit einer Zunahme an Versammlungen und Lagen, die den geschlossenen Einsatz erfordern, konfrontiert. Die Datenmengen, die die Kriminalpolizei allein im Bereich von Kinderpornografie zu verarbeiten hat, sowie die umfangreichen Ermittlungen, u.a. im Bereich Cybercrime, steigen seit Jahren massiv und die notwendigen Technologien, die hierbei unterstützen sollen, sind noch in der Entwicklung, die ebenfalls Personal bindet.

Diese Trends bedeuten nicht nur eine enorme Belastung der Kolleginnen und Kollegen, sondern wirken sich auch auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen aus. Dies wird u.a. durch die Ergebnisse der Studie „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ des LKA Niedersachsen (2023) unterstrichen, aus der hervorgeht, dass sich die Bewertung der „allgemeinen Polizeiarbeit“ in Niedersachsen tendenziell verschlechtert hat. Das steht zwar einerseits im Widerspruch zu den konsequent hohen Aufklärungsquoten in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Andererseits zeigt die PKS auch eine zunehmende Anzahl an Gewaltdelikten, die wir mit Sorge betrachten und die auch durch die Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Insgesamt ist die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland und Europa und somit auch in Niedersachsen geprägt durch komplexe, langfristige Herausforderungen: Politische Umbrüche, Extremismus und andauernde Kontroversen über die Migrations- und Integrationspolitik stellen die Polizei und die Sicherheitsbehörden vor anwachsende Herausforderungen.

Um auf all diese Entwicklungen zu reagieren, die trotz allem erfolgreiche Polizeiarbeit aufrechtzuerhalten und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wieder zu steigern, bedarf es vor allem ausreichend Personal für die Polizei. Wir sehen daher die dringende Notwendigkeit einer neuen, umfassenden Sicherheitsstrategie, die die Sicherheit in Niedersachsen und deren Finanzierung neu denkt, bekannte Personalprobleme löst und zugleich die Arbeitsbedingungen der Menschen in den Sicherheitsbehörden verbessert.

Als ersten Schritt muss es einen deutlichen Personalzuwachs bei der niedersächsischen Polizei geben. Verschiebungen von Personal, wie zuletzt im Rahmen der vermeintlichen Stärkung der Einsatz- und Streifendienste sind hierbei nur eine Verlagerung des Personalproblems in andere Bereiche und weder ausreichende noch nachhaltige Lösungen.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern deshalb eine Mehreinstellung bei der niedersächsischen Polizei von mindestens 1000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten beginnend ab dem Einstellungstermin 01.09.2025 sowie die interne Qualifizierung und Weiterbeschäftigung von Tarifbeschäftigten, deren Aufgaben sich durch technologischen Fortschritt verändern.

Für weitere Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Kevin Komolka

Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesverband Niedersachsen



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Niedersachsen



Patrick Seegers

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), Landesverband Niedersachsen



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB  
Niedersachsen



Jörn Memenga

Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Landesverband Niedersachsen



**Bund Deutscher  
Kriminalbeamter**  
Niedersachsen